

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • NR. 1 • 76. JG, MÄRZ 2025

ÖSTERREICHISCHE POST AG • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36/1, 4020 Linz

Für eine gute Zukunft!

Eva-Maria Holzleitner über das neue Regierungsprogramm und sozialdemokratische Ideen, um Österreich wieder voranzubringen.

Seite 4/5



 Bundeskanzleramt

Finanzen:

SPÖ will den Staatshaushalt fair sanieren

Seite 6/7

Kulturpolitik:

Handlungsbedarf bei Gemeindefinanzen

Seite 8/9

SPÖ OÖ:

Neue Landesgeschäftsführerin im Interview

Seite 12/13



**Wenn es bei allen
Zahlen um den
Menschen geht.**

So weit muss Bank gehen.

**Wir erneuern
unsere Energie.**

**Und uns
selbst.**

Für eine gute Zukunft müssen wir uns verändern.
Damit meinen wir aber nicht nur, wie wir als Energie AG
aussehen. Sondern unsere Energie selbst.
Deshalb werden wir klimaneutral und unabhängig.

energieAG
Oberösterreich

Entgeltliche Einschaltung

(Auch) Bildungskurier verspätet - neue Regierung, neue Ausgabe



BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR

Der Bildungskurier ist keine Tageszeitung, wir machen eine Vierteljahreszeitschrift. Und die Fristen der Erstellung einer Ausgabe sind entsprechend lange. Etwa zwei Monate vergehen zwischen der Festlegung der redaktionellen Inhalte und dem Versand. Nur selten schlägt dann die Realität so zu, dass wir alles über den Haufen werfen müssen. Diesmal war es (wieder) so weit: Mitte Jänner haben wir eine Ausgabe über eine blau-schwarze Regierung vorbereitet, Mitte Februar war der Redaktionsschluss geplant. Und dann hat uns die Wirklichkeit überholt. Die Verhandlungen zwischen FPÖ und ÖVP scheiterten und in einem neuen Anlauf von Volks-

partei, Sozialdemokratie und Neos gelang eine Regierungsbildung. Wir haben diese Ausgabe des Bildungskuriers umgeplant und umgestaltet. Aber das dauerte. Daher kommt die erste Bildungskurier-Nummer des Jahres 2025 leicht verspätet zu den Leser:innen. Für die Erstellung des Bildungskuriers war dies aufwändig und mühselig – für die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in Österreich ist das Scheitern der Machtübernahme durch die Freiheitlichen aber ein positives Signal. Das Gelingen der sogenannten „Zuckerkoalition“ ist mit ihrer Angelobung nicht garantiert, aber es gibt somit zumindest die Chance für Mehrheiten ohne Kickl und Co.

„Wir haben diese Ausgabe des Bildungskuriers umgeplant und umgestaltet.“

Inhalt

- 4 Regierung:** Eva-Maria Holzleitner stellt sozialdemokratische Konzepte und Ideen vor, um Österreich voranzubringen.

- 6 Finanzen:** Dass wir dringenden Handlungsbedarf bei der Sanierung des Staatshaushalts haben, betont Kai Jan Krainer.

- 8 Gemeinden:** Wie sich die kaputten Finanzen auf den Kulturbereich auswirken, berichtet Thomas Diesenreiter.

- 10 Machtgier:** Warum Teile des Großkapitals rechtspopulistische Bewegungen unterstützen, um ihre wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen, erklärt Bernd Dobeberger.

- 12 Interview:** Die neue Landesgeschäftsführerin Nicole Trudenberger gibt einen Einblick in ihre Tätigkeit.

- 14 EU:** Hannes Heide warnt vor dem Rechtsruck im EU-Parlament.



Produziert nach der Richtlinie des österreichischen Umweltzeichens, „Druckerzeugnisse“ Gutenberg-Werbering GmbH, UW-Nr. 844



Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1
Tel: 05-77 26 11-16, nicole.trudenberger@spoee.at, www.renner-institut.spoee.at

Redaktion: Nina Andree, Bernd Dobeberger, Manuela Hiesmair, Georg Hubmann, Iris Ratzböck-Höllerl, Lukas Russ, Nicole Trudenberger, Barbara Hinterleitner, Laura Wiednig

Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch

Hersteller: Gutenberg-Werbering Ges.m.b.H.

Nr. 01/25, März, SPÖ OÖ-Info-Nr. 1/2025, GZ 02Z032837 M, P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Für eine gute Zukunft

Es braucht sozialdemokratische Konzepte und Ideen, um Österreich voranzubringen. Durch die Regierungsbeteiligung können wir gestalten. Unser Programm stärkt Frauen in allen Lebensbereichen. Gehen wir es an!

EVA-MARIA HOLZLEITNER

Wir stärken Frauen im Beruf
Frauen haben das Recht auf ein gutes Einkommen, mehr Chancen am Arbeitsmarkt und auf eine gerechte Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit. Wir haben ein kla-

„Wir werden an vielen Schrauben drehen.“

res Programm, wie wir an dieses Ziel herankommen. Wir werden an vielen Schrauben drehen. Eine Herausforderung ist die rasante digitale Entwicklung. So ist beispielsweise im Dienstleistungssektor der Einsatz Künstlicher Intelligenz in vielen Unternehmen Standard. Gerade dort, wo Aufgaben sich verändern und neue Arbeitsbereiche entstehen, ist Weiterbildung enorm wichtig. Dafür braucht es gute und zielgerichtete Beratung und Unterstützung. Ausbildungsprogramme lohnen sich, für die Wirtschaft, für die Unternehmen und allen voran für die Beschäftigten.

Wir schließen die Lohnschere

Ein Meilenstein in Europa ist die Lohntransparenzrichtlinie, die wir rasch umsetzen werden. Frauen sollen wissen, wieviel ihre männlichen Kollegen verdienen. Das stärkt sie in Gehaltsverhandlungen. Eine Ursache für die Lohnunterschiede ist auch die ungerechte Aufteilung der bezahlten und unbezahl-

ten Arbeit. Es ist höchste Zeit, dass Männer einen fairen Anteil an der Hausarbeit leisten. Ein Blick in andere Länder Euro-

„Es ist höchste Zeit, dass Männer einen fairen Anteil an der Hausarbeit leisten.“

pas zeigt, dass Gleichstellung möglich ist. In Norwegen gehen 9 von 10 Männern in Karenz, in Schweden ist Lohntransparenz längst gelebte Praxis. Viele Paare haben heute ein anderes Rollenverständnis als Generationen vor ihnen. Dass Frauen in den 70er Jahren Männer noch um Erlaubnis fragen mussten, wenn sie arbeiten wollten, können sich viele junge Menschen heute gar nicht mehr vorstellen. Dennoch erleben wir, dass veraltete Rollenbilder sich bis heute halten. Da braucht es Bewusstseinsarbeit: Halbe-Halbe in allen Bereichen!

Frauengesundheit in den Fokus

Frauen und Männer sind unterschiedlich, haben bei Krankheiten andere Symptome, Medikamente wirken anders. Das wurde lange Zeit viel zu wenig beachtet. Gendermedizin geht auf die verschiedenen Bedürfnisse von Frauen und Männern ein. Wir wollen die Forschung ausbauen und das Angebot für Vorsorge und medizinische Behandlung auf die Bedürfnisse von Frauen anpassen. In den nächsten Jahren setzen

DIE AUTORIN:

SPÖ-Frauenvorsitzende Eva-Maria Holzleitner

ist seit 3. März 2025 Bundesministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung. Die Oberösterreicherin setzt sich tatkräftig für ein selbstbestimmtes Leben von allen Frauen in ganz Österreich ein.



Foto © MecCrete

wir auch einen Schwerpunkt auf Endometriose - eine Erkrankung, die sehr viele Frauen betrifft, und dennoch viel zu wenig bekannt und erforscht ist. Ein weiterer Fokus soll auf Studien im Bereich Zyklus- und Wechselbeschwerden gelegt werden. Frauen haben das Recht auf die beste Gesundheitsversorgung.

Nationaler Aktionsplan Gewaltschutz

Wir müssen alles tun, um die Gewalt an Frauen zu stoppen. Auf Basis

„Wir müssen alles tun, um die Gewalt an Frauen zu stoppen.“

einer Gesamtstrategie erarbeiten wir einen „Nationalen Aktionsplan Gewaltschutz“. Die Maßnahmen zum Schutz



von Frauen werden wir ausweiten: Gewaltschutzambulanzen in ganz Österreich, Fußfesseln nach Betretungsverboten, Dic Pics werden unter Strafe gestellt und vieles mehr. Der öffentliche Raum muss für Frauen sicher sein: kostenlose Taschenalarmer, Ausbau von Notrufsäulen in Parkanlagen, bessere Beleuchtung an kritischen Punkten wie beispielsweise Bahnhöfe – das sind einige der Punkte, mit denen wir den Schutz verbessern werden.

Wir setzen auf Kinderbildung

Kindergärten haben als erste Bildungseinrichtung eine wichtige Aufgabe. Wir wollen Kinderbildung rasch ausbauen. Damit es in allen Regionen in ganz Österreich ein gutes Angebot in Wohnortnähe gibt, ist noch viel zu tun! Kinderbildungseinrichtungen kommen allen zugute: den Kindern, den Eltern und auch der Wirtschaft. Hier lohnt es sich zu investieren! Auch die Pädagog:innen, die diese wichtige Aufgabe für die Gemeinschaft übernehmen, verdienen endlich bessere Arbeitsbedingungen und mehr finanzielle Anerkennung. Ein weiterer wichtiger Punkt, auf den wir uns geeinigt haben: Es wird ein zweites verpflichtendes kostenfreies Kindergartenjahr geben.

Teuerung stoppen

Die Zeiten sind schwierig und die Herausforderungen groß. Das dritte Re-

zessionsjahr droht, das Budget muss saniert werden und die Menschen leiden noch immer unter der Teuerungskrise. Die Politik muss dafür sorgen, dass alle ein gutes und sicheres Leben haben.

„Die Politik muss dafür sorgen, dass alle ein gutes und sicheres Leben haben.“

Dafür schaffen wir wichtige Voraussetzungen. Die Mieten werden heuer eingefroren und der maximale Anstieg wird in den folgenden Jahren deutlich beschränkt. Bei den Energiepreisen wird es einen Sozialtarif für einkommensschwache Haushalte geben.

Frauen- und Kinderarmut verhindern

Wir müssen alles dafür tun, um Armut zu verhindern. Viele Menschen haben in den letzten Jahren unter den gestiegenen Kosten für Wohnen, Energie und Lebensmittel gelitten und wissen nicht, wie sie die laufenden Rechnungen bezahlen sollen. In einem reichen Land wie Österreich, darf es nicht sein, dass Familien sich die Heizung nicht leisten können oder kein Geld für gesunde Mahlzeiten haben. Da müssen wir handeln. Wenn Eltern sich trennen, haben Kinder ein Recht auf Unterhalt. Wenn

Das starke, ausgewogene Regierungsteam der SPÖ vereint viel Erfahrung, große Empathie und enorme Expertise.

er ausbleibt oder nicht bezahlt werden kann, trifft das Alleinerzieher:innen und ihre Kinder besonders stark. Mit einem Unterhaltsgarantie-Fonds sollen Ein-Eltern-Familien unterstützt werden, wenn Unterhaltzahlungen ausbleiben.

Wir fördern die Wissenschaft

Um in der Gleichstellung voranzukommen, braucht es fundierte Daten: Den Frauenbericht und die Zeitverwendungsstudie werden wir neu auflegen. Auch in anderen Bereichen ist eine gute wissenschaftliche Datenbasis notwendig. Wir wollen dort ansetzen, wo es am dringendsten notwendig ist. Auch hier geht es um Gleichstellung: Mehr Frauen in Wissenschaft und Forschung ist eine Frage der Gerechtigkeit, aber auch eine Chance. Wir brauchen neue Sichtweisen und kreative Ansätze. Für eine gute Zukunft in unserem Land.

Mit sozialer Verantwortung: SPÖ will den Staatshaushalt fair sanieren

Mit dem neuen Regierungsprogramm übernimmt die SPÖ nach 25 Jahren wieder die Verantwortung im Finanzressort. Damit ist klar: Banken, Energiekonzerne, Immobilienunternehmen und Privatstiftungen leisten endlich einen Beitrag.

KAI JAN KRAINER

Nach mehr als sieben Jahren hat Österreich endlich wieder eine Bundesregierung mit sozialdemokratischer Beteiligung. In den letzten Monaten haben unzählige Sozialdemokrat:innen unter der Führung von unserem Bundesparteivorsitzenden und nunmehr auch frisch angelobten Vizekanzler Andreas Babler in unzähligen Sitzungen ein Regierungsprogramm mit ÖVP und NEOS verhandelt, dass sich aus sozialdemokratischer Brille durchaus sehen lassen kann.

Besonders erfreulich für uns Budgetpolitiker:innen, aber auch eine gute Nachricht für alle Österreicher:innen ist, dass die SPÖ nach 25 Jahren auch endlich wieder den Finanzminister stellt. Die Aufgabe ist eine Große.

Das von den vergangenen Bundesregierungen hinterlassene Budgetloch ist riesig. So riesig, dass die ÖVP lange nicht zugeben wollte, wie schlimm es wirklich um das Sparschwein der Republik bestellt ist. Wie es dazu kommen konnte? Die ÖVP-FPÖ-Regierung und die ÖVP-Grünen-Regierung haben das Wort Gegenfi-

„Man hat immer weiter ungedeckte Schecks ausgestellt und sich nicht überlegt, wer das am Ende des Tages alles bezahlen soll.“

nanzierung aus ihrem Vokabular gestrichen. Man hat immer weiter ungedeckte Schecks ausgestellt und sich nicht über-

legt, wer das am Ende des Tages alles bezahlen soll. Für uns Sozialdemokrat:innen war von Anfang dieser Regierungsverhandlungen klar – wir haben den Schaden zwar nicht verursacht, sind aber bereit als Handwerker:innen den Schaden zu reparieren. Wir sind mit klaren Zielen in die Verhandlungen gegangen und so starten wir auch mit unserer Arbeit in der Bundesregierung: die Konjunktur ins Positive drehen, das Budget sanieren und unser Gesundheits- und Bildungssystem besser machen.

Die Wirtschaft in Österreich droht das dritte (!) Jahr in Folge zu schrumpfen. Die Teuerung ist in Österreich noch immer höher als in den meisten anderen EU-Ländern. Zudem steigt die Arbeitslosigkeit von Monat zu Monat. Laut Fi-

„Die Bundesregierung steht somit vor den größten wirtschaftlichen Herausforderungen seit Jahrzehnten.“

nanzministerium wird das Budgetdefizit 2024 mindestens 3,9 % des BIP betragen. Die Bundesregierung steht somit vor den größten wirtschaftlichen Herausforderungen seit Jahrzehnten.

Jetzt das Richtige tun. Für Österreich. So lautet der Titel des von SPÖ, ÖVP und NEOS vor Kurzem vorgestellten Regierungsprogramm für die nächsten Jahre.

Was jetzt kommen muss, ist daher klar. Die erste Pflicht ist, zu schauen,

DER AUTOR:

Kai Jan Krainer ist Abgeordneter zum Nationalrat und SPÖ-Sprecher für Budget und Finanzen. Aufgewachsen ist er in Wien-Landstraße, über die Sozialistische Jugend (SJ) ist er in die SPÖ gekommen. Seine Herzensthemen sind Steuergerechtigkeit, ausgeglichene Budgetpolitik, Transparenz und Kontrolle.



Foto © Markus Sibrawa

dass es mit der Wirtschaft nach zwei Jahren des Schrumpfens wieder bergauf geht. Das Zweite ist, die Konsolidierung des Budgets mit einem Mix aus einnahmen- und ausgabenseitigen Maßnahmen anzugehen. Damit haben wir Luft, um in Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Integration, Wirtschaft und ein gutes Leben für alle Menschen in Österreich zu investieren. Wir Sozialdemokrat:innen haben erreicht, dass auch die Banken, die Energiekonzerne, Immobilienunternehmen und Privatstiftungen einen größeren Beitrag zur Budgetsanierung bei-

„Dass sich die Banken jetzt an der Budgetkonsolidierung beteiligen, muss daher selbstverständlich sein.“

tragen werden. Die Banken haben in der Krise die höchsten Gewinne aller Zeiten

gemacht, während alle anderen gezahlt haben. Dass sich die Banken jetzt an der Budgetkonsolidierung beteiligen, muss daher selbstverständlich sein. Durch eine Bankenabgabe, eine Widmungsabgabe in Form einer Immobilien-Einkommensteuer, die Besteuerung großer Immobiliendeals durch die Grunderwerbsteuer und durch einen Beitrag der Privatstiftungen und Energieanbieter. Denn eines ist klar: zusätzliche Beiträge von Unternehmen mit Übergewinnen verringern gleichzeitig das Volumen der Kürzungen öffentlicher Leistungen für die Bevölkerung.

Geplant ist eine schrittweise Konsolidierung des Haushaltes. Wir haben uns auf ein Maßnahmenpaket von mehr als 6,3 Milliarden Euro für 2025 und 8,7 Milliarden Euro für 2026 geeinigt. Wert gelegt wird dabei auf wachstums- und beschäftigungsfördernde, sozial verträgliche und ausgewogene Maßnahmen, die sowohl einnahmenseitig als auch ausgabenseitig greifen sollen. Dabei spielt natürlich auch die Stärkung der Konjunktur eine zentrale Rolle. Wichtig ist dabei, dass Betriebe stabile Rahmenbedingungen für die nächsten fünf Jahre vorfinden, zum Beispiel in Sachen Energiepreise und bezüglich der steuerlichen Bedingungen.

Wir sorgen für einen zukunftsfitten Standort Österreich. Mit einem Transfor-

mationsfonds werden wir den Wandel der Wirtschaft Richtung Klimaneutralität effektiver unterstützen und steuern

„Wir sorgen für einen zukunftsfitten Standort Österreich.“

und schaffen so die Grundlagen für die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Unternehmen im klimaneutralen 21. Jahrhundert. Mit der Aktion 55+ für ältere Langzeitarbeitslose und einer Fachkräftestrategie mit zusätzlichen Mitteln für das AMS stellen wir Mittel für unsere österreichischen Top-Arbeitskräfte zur Verfügung und fördern die Beschäftigung in Österreich.

Ein ebenfalls großer Erfolg zur Abfederung der massiven Teuerung ist ein Stopp bei den Mietpreisen. Die geregelten Mieten werden für ein Jahr eingefroren. 2026 werden sie maximal um ein Prozent und 2027 um maximal 2 Prozent steigen. Ab 2028 gilt eine inflationsdämpfende Regelung zur maximalen Erhöhung von Mietpreisen. Diese tritt bei unregulierten Mieten wie Wohnungen, Einfamilienhäusern und Geschäftsraumieten ab diesem Jahr in Kraft. Die Mindestbefristung bei Mietverträgen wird von 3 auf 5 Jahre erhöht. Für einkommensschwache

Haushalte werden wir einen Sozialtarif bei der Energie schaffen – für ein sicheres Zuhause und leistbare Energie für alle Menschen in Österreich.

Wie geht es jetzt weiter?

Bereits in der ersten Woche nach der Angelobung werden die ersten Maßnahmen im Budgetausschuss beschlossen und schließlich im Nationalrat zur Abstimmung gebracht. Mit einer Budgetrede des neuen, nach 25 Jahren erstmals wieder sozialdemokratischen, Finanzministers Markus Marterbauer ist im April bzw. Mai zu rechnen. Das heißt, dass das Budget spätestens bis Mitte Juni unter Dach und Fach gebracht wird. Am Ende des Tages ist jedoch eines klar – jeder:in Österreich muss einen Beitrag leisten, sonst kann man dieses Budget gar nicht sanieren. Für uns Sozialdemokrat:innen ist dabei natürlich auch eines ganz wichtig: dass breitere Schultern auch größere Lasten tragen sollen. Nur so wird es möglich sein, den Staatshaushalt sozial verträglich zu sanieren.

Für die SPÖ war von Beginn an klar, dass breite Schultern mehr Lasten tragen müssen.



Wie sich kaputte Gemeindefinanzen auf den Kulturbereich auswirken

Die eigene Heimatgemeinde ist für die meisten Vereine nicht nur Identifikationsquelle und Arbeitsmotivation, sondern auch einer der wichtigsten Partner für die Umsetzung der eigenen Arbeit. Immer mehr Gemeinden in Österreich können ihr Budget allerdings nicht mehr aus eigener Kraft ausgleichen. Warum das passiert, was das bedeutet, und warum Bund und Länder deswegen auch aus kulturpolitischer Perspektive dringend handeln müssen, kommentiert Thomas Diesenreiter, Geschäftsführer der Kulturplattform Oberösterreich.

THOMAS DIESENREITER

In Oberösterreich konnten letztes Jahr 140 der 438 Gemeinden ihr Budget nicht mehr aus eigener Kraft ausgleichen. Heuer werden es voraussichtlich nochmals deutlich mehr werden. Manche Prognosen gehen von beinahe jeder zweiten Gemeinde aus, die als sogenannte „Härteausgleichsgemeinde“ enden wird. Das Problem ist dabei kein spezifisch oberösterreichisches: Auch aus den anderen Bundesländern hört man von immer mehr Finanzproblemen der Gemeinden. In Kärnten sind bereits 2/3 der Gemeinden zahlungsunfähig.

Eine neue Qualität hat in Oberösterreich dabei auch die Größe der betroffenen Gemeinden: Waren früher vor allem besonders kleine und strukturschwache

„Es ist fünf vor zwölf für die kommunale Kulturfinanzierung – ohne schnelle Lösungen drohen existenzielle Einschnitte für Vereine und Kulturschaffende.“



Orte im Härteausgleich, trifft es mittlerweile immer mehr größere Gemeinden und sogar Bezirkshauptstädte. Ried im Innkreis geht beispielsweise heuer von einem Fehlbetrag iHv 6 Millionen Euro aus. Bei einem Gesamtbudget von 50 Millionen Euro eine riesige Summe. Auch Freistadt, Braunau, Eferding, Vöcklabruck oder Perg kämpfen laut Medienberichten heuer massiv mit ihren Haushalten und können diese teilweise nur noch durch die Auflösung letzter Rücklagen ausgleichen. Spätestens 2026 drohen aber auch sie zu Ausfallsgemeinden zu werden.

Was bedeutet das konkret?

Die Finanzierungsbeiträge an die Kulturvereine sind in den meisten Fällen als Ermessensausgaben zu sehen. Fällt eine Gemeinde in den Härteausgleich, sind es oft genau diese Ausgaben, die als erstes gestrichen werden müssen. Fällt die Gemeinde aber als Financier der ortsansässigen Kulturinitiativen aus, hat das verheerende Folgen: Beispielsweise

musste die Bezirkshauptstadt Freistadt binnen zwei Jahren ihre Ermessensausgaben von 450.000 Euro auf 150.000 Euro senken, also eine Kürzung um 2/3. Die Folge: Der Kulturverein Local-Bühne, einer der größten und traditionsreich-

DER AUTOR:

Thomas Diesenreiter ist Geschäftsführer der Kulturplattform Oberösterreich (KUPF OÖ), ein Verband von 232 gemeinnützigen Kunst- und Kulturinitiativen in Oberösterreich. Mehr unter www.kupf.at



Foto © Petra Moser

ten der freien Szene, wurde schrittweise im letzten Jahr auf 50 % und heuer sogar auf nur 25 % ihrer bisherigen Finanzie-

„Fällt die Gemeinde aber als Financier der ortsansässigen Kulturinitiativen aus, hat das verheerende Folgen.“

rung durch die Gemeinde gekürzt. Der bisher zusätzliche Zuschuss für die Literaturtage Freistadt wurde gleich zur Gänze gestrichen.

Auch das KiK Ried muss seit letztem Jahr zittern: Konnte 2024 noch im letzten Moment eine Lösung gefunden werden, so muss der Verein heuer die Streichung der gesamten Unterstützung der Gemeinde fürchten. Gleiches gilt für die Galerie 20gerhaus, genauso aber auch für die meisten Sport- und Sozialvereine.

Laut einer Studie des Zentrums für Verwaltungsforschung sind es grob 10 Millionen Euro, die von den Gemeinden als Finanzierungsbeiträge an Kulturinitiativen und KünstlerInnen gehen. Zum Vergleich: Die Ermessensausgaben für Kunst und Kultur des Landes OÖ summierten sich im Vergleichsjahr auf etwa 16 Millionen Euro. Fallen die Gemeinden also als Mitfinanzierer aus, fehlt den Kulturvereinen ein beträchtlicher Teil der Einnahmen, mit deutlichen Auswirkungen auf das Kulturangebot für die Bevölkerung. Der Bund spielt im Übrigen leider vergleichsweise eine kleine Rolle, da der Großteil der oberösterreichischen Kulturvereine von diesem keine Unterstützung bekommt - ein Fakt, den die KUPF OÖ seit langem kritisiert.

Was muss nun passieren?

Die Gemeinden brauchen mehr Geld, so viel ist klar. Ein baldiger Wirtschaftsaufschwung wäre eine Lösung nach dem Prinzip Hoffnung, ein Aufschnüren des eigentlich bis 2028 gültigen Finanzausgleichs zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist ebenso politisch heikel.

In Oberösterreich wäre eine Entlastung durch das Land möglich, da dieses von den Gemeinden Transferzahlungen einhebt, deren Höhe es selbst festsetzt. Während sich aber das Land verschulden darf und daher zur Not niedrigere Transferzahlungen in Kauf nehmen könnte, steht diese Option bei den Gemeinden nur den drei Statutarstädten (Linz, Wels und Steyr) offen.

Eine Erhöhung der Gemeindesteuern wäre ein weiterer Weg. Die Anpassung der Grundsteuern wäre nach 40 Jahren eine Forderung, die nicht nur von vielen Kommunalpolitiker:innen aller Parteien, sondern auch von unabhängigen Expert:innen gefordert wird.

Kurzfristig ist die Kulturdirektion des Landes OÖ gefordert, jene Kulturinitiativen gezielt zu unterstützen, die in Härteausgleichsgemeinden liegen. Dafür wird es notwendig sein, deutlich über die bisherigen Förderquoten hinauszugehen und im Idealfall den Finanzierungsausfall der Gemeinden zur Gänze auszugleichen.

Dass mit Stocker und Babler nun zwei (Vize-)Bürgermeister die oberste Regierungsfunktion bekleiden, lässt zumindest hoffen, dass die Probleme der Gemeinden nicht ignoriert werden. Da die SPÖ sowohl das Finanz-, als auch Kulturressort übernommen hat, ist die SPÖ in besonderer Verantwortung, Lösungen für die Kulturinitiativen zu finden. Die im Regierungsprogramm

„Da die SPÖ sowohl das Finanz-, als auch Kulturressort übernommen hat, ist die SPÖ in besonderer Verantwortung, Lösungen für die Kulturinitiativen zu finden.“

versprochene Stärkung des Kulturangebots außerhalb Wiens wäre dringend notwendig - sowohl über den Weg der besseren Finanzierung der Gemeinden als auch der Kulturvereine selbst.

SPARKASSE 
Oberösterreich

#glaubandich

www.sparkasse-ooe.at



Das reichste Prozent

Georg Knill, Präsident der österreichischen Industriellenvereinigung, trauerte einer blau-schwarzen Regierung nach und Elon Musk, reichster Mann der Welt und Mitarbeiter der Trump-Administration, veröffentlichte einen Wahlauf Ruf für die deutsche AfD. Zwei isolierte Einzelfälle? Oder steckt mehr dahinter?

BERND DOBESBERGER

Nach den gescheiterten Regierungsverhandlungen von FPÖ und ÖVP kommentierte Georg Knill dies mit einem eindeutigen „Ich bin entsetzt!“. Im Gespräch mit dem Kurier am 14. Februar bezog er sich dabei zwar in erster Linie darauf, dass Österreich nach wie vor keine stabile Regierung hatte, aber ein kritisches Wort über die Freiheitlichen war ihm nicht zu entlocken. Bei einem Medientermin am Beginn der Verhandlungen zwischen Freiheitlichen und Volkspartei sagte er: „Wir schauen auf unser Nachbarland Italien, wo es mit Meloni einen Rechtsruck gegeben hat, aber die wirtschaftliche Positionierung Italiens hat sich eigentlich durchaus deutlich verbessert.“

Elon Musk hat unmittelbar vor der deutschen Bundestagswahl auf seiner Social-Media-Plattform „X“ einen Aufruf für die rechtsextreme Alternative für Deutschland veröffentlicht.

Die Frage ist jetzt, ob die beiden Herren halt politisch verhaltensauffällig sind, zufällig politische Positionen vertreten,

Elon Musk, Trump & Co sind nur die sichtbare Spitze des Eisbergs – das Bündnis von Vertreter:innen des Großkapitals und den rechtsextremen Bewegungen sind das Grundproblem.



die in dieselbe Richtung gehen, oder ob dahinter mehr steckt und wichtige Teile des großen Kapitals eine neue Ära der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Regulierung herbeiführen wollen.

Nach dem 2. Weltkrieg waren zwei derartige Regulierungsformen in den industrialisierten kapitalistischen Ländern jeweils über Jahrzehnte dominant. Bis Mitte der 1970er Jahre lässt sich die politische Regulierung mit den Schlagworten Sozialstaat, Anerkennung der Gewerkschaften, Umverteilung und Demokratisierung beschreiben. Danach folgte die neoliberale Phase - Privatisierung, Deregulierung, Steuersenkung für die Wohlhabenden und Reichen, Abbau gewerkschaftlichen Einflusses usw. - sind dafür die inhaltlichen Eckpunkte.

Diese Dominanz – in unterschiedlichen Ländern unterschiedlich umgesetzt – des Neoliberalismus dauerte bis zur großen Weltwirtschaftskrise 2008/09. Mit dieser Krise wurde offensichtlich, dass die freien Märkte weder dauernde Prosperität mit sich bringen noch, dass damit die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus auf immer überwunden wird. Und in den letzten 15 Jahren dominierte meist Krisenbewältigung und in vielerlei Hinsicht fehlte ein mehrheitsfähiges Politikkonzept. Weder kam es zu einer Rückkehr

sozialstaatlicher Regulierung, noch war die demokratisch legitimierte Rückkehr zum Prinzip der freien Märkte des Neoliberalismus durchsetzbar. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich das große Kapital auf die Suche nach für sie nützlichen

DER AUTOR:

Bernd Dobesberger ist Landesbildungsvorsitzender der SPÖ Oberösterreich.



politischen Regulierungsformen machte. Und dabei gab es durchaus Überraschungen. Bei der Abstimmung der Britinnen und Briten im Jahr 2016 ging es um den Verbleib („Remain“) in oder das Verlassen („Leave“) der Europäischen Union. Es war damals die allgemeine Meinung, dass für Englands wichtigen Bank- und Finanzsektor der Verbleib in der EU wichtig sei, der große einheitliche Markt, der freie Kapitalverkehr schien genau im Interesse der Londoner City zu sein. Öffentlich unterstützten die Banken, Versicherungen und Finanzfonds den Verbleib in der EU auch. Und die Banken, die Versicherungen und die Pensionskassen spendeten mehrheitlich für die Remain-Kampagne. Die Private-Equity-Unternehmen und die Hedge-Fonds – also das aggressive Finanzkapital – spendete zum größten Teil für die Leave-Kampagne. Diese

„Diese Unternehmen wollen keine staatlichen Regulierungen, sie wollen auch keine der Europäischen Union.“

Unternehmen wollen keine staatlichen Regulierungen, sie wollen auch keine der Europäischen Union.

Dieses Beispiel – und es ist in der Zwischenzeit fast schon zehn Jahre alt – zeigt, dass sich zumindest Teile des großen Kapitals vom Neoliberalismus lösten und

eine neue Form der politischen und wirtschaftlichen Regulierung suchten. Die angestrebte Regulierungsform zielt nicht einfach in Richtung verschärften Abbau sozialstaatlicher Sicherungssysteme oder Beseitigung der gewerkschaftlichen Mitsprachemöglichkeiten. Staatliche Strukturen, Bildung, Sozialversicherungssys-

„Staatliche Strukturen, Bildung, Sozialversicherungssysteme, Infrastruktur usw. sollen vom privaten Großkapital übernommen werden.“

teme, Infrastruktur usw. sollen vom privaten Großkapital übernommen werden. Scheiterten viele Privatisierungsideen der Neoliberalen in vergangenen Jahrzehnten noch an fehlenden oder zu kleinteiligen Angeboten der Unternehmen, so wollen die globalen Digitalkonzerne für die großen Lösungen sorgen. Auch multinationale staatliche Institutionen und Verträge sollen zurückgedrängt werden,

auch dies soll das Großkapital übernehmen und damit gilt die Macht des Stärkeren im Weltmaßstab.

Die Repräsentant:innen des großen Kapitals sind wenige, bei demokratischen Wahlen brauchen sie daher immer Verbündete, die für die notwendige Masse an Stimmen sorgen können. Wachsende Teile des Großkapitals greifen zur Verwirklichung ihrer politischen Ideen auf rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Parteien zurück - so ist der Wahlauftritt von Elon Musk für die AfD zu erklären. Auf der anderen Seite ist so die sehr kapitalfreundliche Wirtschaftspolitik der Rechten zu verstehen, das Bündnis mit dem Kapital soll so möglich gemacht werden. Gemeinsam ist diesen beiden Akteuren – Großkapital und rechtspopulistische Massenbewegungen – die Ablehnung einer liberalen, demokratischen Gesellschaft. Neben diesen Überschneidungen bei den Interessen gibt es auch eine Reihe von Widersprüchen. Zum Beispiel sind die Rechtspopulist:innen nationalistisch, das Großkapital denkt und handelt im Weltmaßstab. Die Rechtsradikalen vertreten einen völkischen Rassis-

mus, das Großkapital sieht Arbeitskräfte und Konsument:innen – die Herkunft

„Gemeinsam ist diesen beiden Akteuren – Großkapital und rechtspopulistische Massenbewegungen – die Ablehnung einer liberalen, demokratischen Gesellschaft.“

spielt dabei keine Rolle. Die Geschichte zeigt aber, dass in derartigen Konstellationen durchaus stabile Wege gefunden werden können.

Die Auseinandersetzung muss nicht einfach mit einem verhaltensauffälligen Donald Trump geführt werden und mit einem durchgeknallten Elon Musk oder mit dem wachsenden neuen Rechtsradikalismus. Die Auseinandersetzung muss mit dem Bündnis aus Vertreter:innen des Großkapitals und den Massenbewegungen des Rechtsradikalismus geführt werden.

PROGRAMMVORSCHAU

- 15. MÄRZ, 15:00 UHR:** INTERNATIONAL OCEAN FILM TOUR VOL. 11
- 28. MÄRZ, 19:30 UHR:** ALLES LEINWAND OÖ: DER RUF DER ANDEN
- 29. MÄRZ, 15:00 UHR:** BANFF MOUNTAIN FILM FESTIVAL WORLD TOUR
- 11. APRIL, 19:30 UHR:** ALLES LEINWAND OÖ: BIS ANS ENDE DER WELT
- 28. MAI, 19:30 UHR:** DR. BOHL - SOLO

CENTRAL

WIR MACHEN IHR EVENT MÖGLICH

Credit: Pixellindex.com

Direkt auf der pulsierenden Landstraße und keine zehn Schritte weiter im Herzen einer Großstadtoase: Das CENTRAL besticht trotz verkehrsgünstiger Lage durch sein ruhiges und entspanntes Flair. Bei uns finden Sie ein professionelles Umfeld, eine moderne technische Ausstattung und natürlich den Charme des ehemaligen CENTRAL-Kinos. Die hervorragende Akustik und die flexiblen Ausstattungselemente bieten Raum für gelungene Events im besonderen Rahmen.

Alle Infos zu den Veranstaltungen und zur Vermietung finden Sie unter office@centrallinz.at, www.centrallinz.at

Landstraße 36, 4020 Linz, +43 5 7726 1199, office@centrallinz.at, www.centrallinz.at

Eine Politik, die nah an den Menschen ist

Die neue Landesgeschäftsführerin der SPÖ Oberösterreich Nicole Trudenberger über soziale Gerechtigkeit, politische Nachwuchsförderung und die Zukunft der Partei im Interview mit dem Bildungskurier.

Bildungskurier: Nicole, du hast eine beeindruckende Laufbahn hinter dir und bist nun an der Spitze der SPÖ Oberösterreich angekommen. Was treibt dich persönlich an und welche Werte sind dir in deiner politischen Arbeit besonders wichtig?

Trudenberger: Als frischgebackene Landesgeschäftsführerin der SPÖ Oberösterreich bin ich von einer tiefen Überzeugung für soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Chancengleichheit angetrieben. Diese Werte sind das Fundament meiner politischen Arbeit und mein Kompass für Entscheidungen. Es ist mir ein Anliegen,

„Es ist mir ein Anliegen, dass jede Person in Oberösterreich die Möglichkeit hat, ihr Potenzial zu entfalten, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem sozialen Status.“

dass jede Person in Oberösterreich die Möglichkeit hat, ihr Potenzial zu entfalten, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem sozialen Status.

Bildungskurier: Wie planst du, deine Erfahrungen als Leiterin des Renner Instituts OÖ zu nutzen, um die SPÖ OÖ in der aktuellen politischen Landschaft Oberösterreichs zu positionieren?

Trudenberger: Meine bisherige Tätigkeit als Leiterin des Renner Instituts OÖ hat mir wertvolle Einblicke in die Zusammenarbeit mit unterschiedlichsten Interessensgruppen ermöglicht. In dieser Rolle habe ich Bildungsangebote entwickelt und dabei stets den offenen Austausch mit diesen Gruppen gesucht. Diese Vernetzung und Dialogbereitschaft möchte

ich auch in meiner Arbeit für die SPÖ OÖ fortführen, um eine Politik zu gestalten, die nah an den Menschen ist und ihre Anliegen ernst nimmt.

Ein weiterer zentraler Schwerpunkt meiner bisherigen Arbeit lag auf bildungspolitischen Themen, die ich auch aus wissenschaftlicher Perspektive betrachtet habe. Mir ist es wichtig, fundierte Erkenntnisse aus der Wissenschaft in die politische Praxis zu überführen und daraus Programme zu entwickeln, die langfristige und zukunftsorientierte Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit bieten.

Besonders am Herzen liegt mir die Förderung politischer Talente. Ich bin überzeugt, dass eine lebendige und zukunfts-fähige Partei engagierte Nachwuchskräfte braucht. Daher werde ich mich wei-

„Ich bin überzeugt, dass eine lebendige und zukunfts-fähige Partei engagierte Nachwuchskräfte braucht.“

terhin dafür einsetzen, junge Menschen für politische Arbeit zu begeistern und ihnen einen niederschweligen Zugang zu ermöglichen.

Meine Zeit als Leiterin des Renner Instituts OÖ hat mir wertvolle Einblicke in die Bildungs- und Forschungsarbeit gegeben, die ich nun nutzen möchte, um die SPÖ OÖ noch stärker als eine Partei der Bildung und Innovation zu positionieren. Ich sehe großes Potential darin, die Forschungsergebnisse und Bildungsprogramme direkt in unsere politische Arbeit einfließen zu lassen, um fundierte und zukunftsorientierte Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit zu entwickeln.

IM INTERVIEW



Foto © MecCreente

Nicole Trudenberger

ist Landesgeschäftsführerin der SPÖ Oberösterreich und Landesstellenleiterin des Renner Instituts Oberösterreich.

Bildungskurier: Die Nachwuchsförderung ist für jede politische Organisation von großer Bedeutung. Wie planst du, junge Talente für die SPÖ OÖ zu gewinnen und zu fördern?

Trudenberger: Ich plane, junge Talente durch gezielte Bildungsangebote, Mentoring-Programme und die aktive Einbindung in politische Prozesse zu gewinnen und zu fördern. Es ist wichtig, dass wir jungen Menschen nicht nur eine Stimme geben, sondern sie auch ermutigen, Verantwortung zu übernehmen und die Zukunft aktiv mitzugestalten.

Bildungskurier: Sozialer Zusammenhalt und zielgruppenspezifische Bündnisarbeit sind wichtige Säulen der SPÖ OÖ. Wie möchtest du diese Aspekte stärken und welche neuen Bündnisse könnten für die Partei von Interesse sein?

Trudenberger: Um den sozialen Zusammenhalt zu stärken und zielgruppenspezifische Bündnisarbeit zu intensivieren, möchte ich auf einen offenen Dialog und die Zusammenarbeit mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen setzen. Neue Bündnisse könnten insbesondere im Bereich der Umwelt- und Klimapolitik, der Digitalisierung und im sozialen Sektor entstehen, wo gemeinsame Ziele und Interessen eine starke Basis für Kooperationen bieten.

Bildungskurier: Wie möchtest du die Partizipation der SPÖ-Wähler:innen stärken und deren Stimmen in der politischen Arbeit der SPÖ OÖ noch besser repräsentieren?

Trudenberger: Ich möchte sicherstellen, dass ihre Stimmen und Bedürfnisse nicht nur gehört, sondern auch in konkrete politische Maßnahmen übersetzt werden. Dazu plane ich, die Formate der von Michael Lindner und Florian Koppler voran-

„Ich möchte sicherstellen, dass ihre Stimmen und Bedürfnisse nicht nur gehört, sondern auch in konkrete politische Maßnahmen übersetzt werden.“

getriebenen „Sozialen Mitmachpartei“ fortzuführen und weiter auszubauen. Es soll Raum für offenen und kontinuierlichen Austausch geben, um gemeinsam zu wachsen.

Bildungskurier: Kannst du uns einen Einblick geben, wie ein typischer Tag als Landesgeschäftsführerin der SPÖ OÖ aussieht und welche Themen dich aktuell am meisten beschäftigen?

Trudenberger: Ein typischer Tag in meiner Rolle als Landesgeschäftsführerin gestaltet sich jetzt bereits sehr vielfältig. Er beginnt oft mit der Koordination und Planung von Terminen und Projekten, gefolgt von Treffen mit Kolleg:innen, Vertreter:innen aus Wirtschaft und Gesellschaft sowie der Arbeit an politischen Initiativen. Aktuell beschäftigen mich vor allem die Themen Industriepolitik, Arbeitsmarktintegration und die Stär-

kung des ländlichen Raums. Es ist mir ein Anliegen, dass wir als SPÖ OÖ Lösungen entwickeln, die den Menschen konkret im Alltag helfen und ihre Lebensqualität verbessern.

„Es ist mir ein Anliegen, dass wir als SPÖ OÖ Lösungen entwickeln, die den Menschen konkret im Alltag helfen und ihre Lebensqualität verbessern.“

Bildungskurier: Dein Terminkalender ist prall gefüllt mit Terminen und Aufgaben in deiner neuen Position. Was hilft dir dabei, um nach einem langen Arbeitstag abzuschalten und neue Energie zu tanken?

Trudenberger: Nach einem langen Arbeitstag kann ich am besten abschalten, wenn ich mich noch sportlich betätige. Meistens bedeutet das für mich eine Runde Laufen oder Schwimmen. Wenn es die Zeit zulässt, genieße ich es auch, in der Natur beim Wandern oder Paragleiten neue Energie zu tanken. Bewegung hilft mir, den Kopf freizubekommen und mit frischer Motivation in den nächsten Tag zu starten.

ENTSCHEIDUNGSFRAGEN

- **Oranges oder grünes Twinni?** Grünes Twinni
- **Hund oder Katze?** Katze
- **Urlaub am Meer oder in den Bergen?** In den Bergen
- **Pizza oder Pasta?** Pasta
- **Niederwaldkirchen oder Linz?** Niederwaldkirchen
- **Film oder Buch?** Film
- **Frühaufsteherin oder Nachteule?** Nachteule
- **Selbst kochen oder Lieferdienst?** Selbst kochen
- **Kaffee oder Tee?** Kaffee
- **Süß oder pikant?** Süß
- **Fahrrad oder E-Scooter?** In der Freizeit Fahrrad, am Weg in die Arbeit E-Scooter
- **Sommer oder Winter?** Sommer
- **Metal oder Schlager?** Weder noch

Nicole Trudenberger setzt auf soziale Gerechtigkeit, Forschungs- und Bildungsarbeit sowie die Förderung junger Talente für eine lebendige und zukunftsfähige SPÖ Oberösterreich.



Foto © Schoengrubler

Rechter Wind im Europaparlament

Nach der Europawahl ist der rechte Flügel stärker geworden und versucht rechtspopulistische Ideen im Parlament zu etablieren. Die Mehrheit der pro-europäischen Abgeordneten ist ständig gefordert Europas demokratische Grundpfeiler zu verteidigen.

HANNES HEIDE

Die Entwicklung im Europaparlament ist besorgniserregend. Es gibt nun drei Rechtsaußen-Fraktionen, zwei von ihnen sind neu gegründet: das rechtsradikale Parteienbündnis der AfD (Europa der Souveränen Nationen) und die von Viktor Orbán initiierten rechtspopulistischen „Patrioten für Europa“, denen auch die FPÖ angehört. Ihr Manifest versammelt altbekannte Rechtspolitik: Ablehnung von Migration und des „Green Deals“, keine Unterstützung für die Ukraine und grundsätzlich weniger EU. Mit Patriotismus hat das nichts zu tun, denn alle vertretenen Länder profitieren von unserem gemeinsamen Europa.

Die Fraktionsgründungen verschaffen den rechten Parteien Vorteile im EU-Parlament, wenn es um die Besetzung von Ausschüssen, Geld für Beschäftigte und Redezeiten geht, aber ihre politische Schlagkraft bleibt begrenzt. Die demokratische Mitte ist weiter deutlich in der Mehrheit und kann Gesetzesvorhaben durchsetzen. Umso frustrierender ist es

Der pro-europäische Wind im EU-Parlament ist stark und schützt die demokratischen Werte – trotz des rechten Gegenwinds.



zu beobachten, wie konservative Fraktionen am rechten Rand nach Mehrheiten suchen. 2024 hat die Europäischen Volks-

„Die demokratische Mitte ist weiter deutlich in der Mehrheit und kann Gesetzesvorhaben durchsetzen.“

partei öfter als je zuvor mit den Rechtskonservativen (EKR) gestimmt, etwa bei Entscheidungen zur Umwelt- und Migrationspolitik. Diese wiederholte Zusammenarbeit birgt die Gefahr, dass rechte Parteien legitimiert und normalisiert werden.

„Rechtes Gedankengut erhält leider immer häufiger zu viel Raum im Europäischen Parlament.“

Rechtes Gedankengut erhält leider immer häufiger zu viel Raum im Europäischen Parlament. Antisemitische Äußerungen und Störungen bei einer Holocaust

Gedenkzeremonie mussten ebenso abgemahnt werden, wie die Frage an den neuen EU-Kommissar Glenn Micallef, ob er die Rassentrennung weißer Europäer unterstützt. Was kann man also tun, um der rechten Propaganda die Bühne zu neh-

DER AUTOR:

Hannes Heide ist Europaabgeordneter und arbeitet in den Ausschüssen für Kultur & Bildung, Regionalentwicklung und zum Schutz der bürgerlichen Grundrechte.



Foto © Oskar C. Neubauer

men? Auf regionaler Ebene wird im belgischen Wallonien versucht mit einer Mediensperre rechte Themen zu verdrängen. Lokale Medien geben rechtsextremen Politiker:innen dort keine Sendezeit und kein Medienecho. Doch in Zeiten von Social Media ist ein lokaler Medienboykott leicht zu umgehen, die Propaganda erhält dort genauso viel und wahrscheinlich noch viel gezielter Aufmerksamkeit als in liberalen Mainstreammedien.

„Heuer feiert Österreich 30 Jahre EU-Mitgliedschaft.“

Umso wichtiger ist es, immer wieder laut zu widersprechen, das gilt auch in Österreich. Heuer feiert Österreich 30 Jahre EU-Mitgliedschaft. Das Bekenntnis zur Union hat bereits einige Koalitionen überstanden, wobei die pro-europäischen Kräfte stets deutlich in der Mehrheit waren. Zwei Drittel der Stimmen gingen auch bei der letzten Nationalratswahl an Parteien, die sich klar zu Europa bekennen und das muss sich in der neuen Regierung widerspiegeln. Alles andere wäre ein Verrat an der Mehrheit der Wähler:innen in Österreich.

Junge Generation OÖ

United by Music – Gemeinsam für ein solidarisches Europa

Am 17. Mai ist es wieder so weit: Unter dem Motto „United by Music“ laden wir zur größten Eurovision Song Contest (ESC) Charity-Watch Party in Oberösterreich ins Café Central ein.

Der ESC steht nicht nur für spektakuläre Shows und mitreißende Musik – er ist auch ein Symbol für Zusammenhalt, Vielfalt und ein geeintes Europa. Die europäische Gemeinschaft ist weit mehr als ein wirtschaftlicher Zusammenschluss. Sie ist eine Wertegemeinschaft, die für Solidarität, Freiheit und Chancengerechtigkeit steht. Mit dieser Veranstaltung setzen wir ein Zeichen für ein starkes und soziales Europa.

Gemeinsam mit der Sozialistischen Jugend, SOHO, den Kinderfreunden und dem VSStÖ wird an diesem Abend nicht nur die Musik gefeiert, sondern auch die europäische Idee.

Die Veranstaltung startet um 19 Uhr mit einem Quiz, bei dem großartige Preise zu gewinnen sind. Auch die legendäre

JG OÖ Cocktailbar ist wieder mit dabei und lädt dazu ein, sich quer durch die Nationen zu kosten. Nach dem Contest sorgt DJ Mr. Flockmusic für die richtige Stimmung auf der Tanzfläche.

Der Reinerlös kommt dem Verein Chancengerechtigkeit zugute, der Familien und Kindern in schwierigen Lebenslagen unterstützt.

Wir freuen uns auf zahlreiche Besucherinnen und Besucher, die gemeinsam einen Abend voller Musik, Gemeinschaft und europäischer Verbundenheit erleben möchten.

„UNITED BY MUSIC“

**Am Samstag, den 17. Mai 2025, ab 19 Uhr
im Central Linz (Landstraße 36, 4020 Linz)**



Foto © MecGreenie



Foto © MecGreenie

Gemeindevertreter:innenverband OÖ

Alexander Leutgeb ist neuer Bürgermeister von Baumgartenberg!

Mit 60,5 Prozent der Stimmen setzte sich Alexander Leutgeb am 9. Februar in der Stichwahl um das Bürgermeisteramt



Am Wahltag feierten LAbg. Erich Wahl und NAbg. Sabine Schatz, SPÖ-LGFin Nicole Trudenberger sowie GVV-LGF Lukas Russ mit BGM Alexander Leutgeb und seinem Team.

in Baumgartenberg durch. Damit schreibt er Geschichte: Er ist nicht nur der erste SPÖ-Bürgermeister der Marktgemeinde, sondern aktuell auch der jüngste Bürgermeister Oberösterreichs. Am Wahltag gratulierten ihm neben SPÖ-Bezirksvorsitzendem LAbg. Erich Wahl und NAbg. Sabine Schatz auch SPÖ-Landesgeschäftsführerin Nicole Trudenberger sowie GVV-Landesgeschäftsführer Lukas Russ persönlich. Der Angelobung als Bürgermeister im Rahmen der Gemeinderatssitzung am 13. Februar wohnte auch Landesparteivorsitzender BM a.D. Alois Stöger bei. Wir wünschen Alexander viel Erfolg und gutes Gelingen für seine erste Amtszeit als Bürgermeister.



Alois Stöger und Erich Wahl am Tag der Angelobung mit Alexander Leutgeb und der SPÖ Gemeinderatsfraktion von Baumgartenberg.

SPÖ Frauen OÖ

8. März 2025: Gemeinsam auf der Straße für Gleichberechtigung und Demokratie

Kampftag nicht nur am 8. März, sondern jeden Tag: Am 8. März 2025 versammelten sich tausende Menschen in Linz, um an der Demonstration zum Internationalen Frauentag teilzunehmen. Unter dem Motto „*Smash the patriarchy, Fight for democracy!*“ gingen sie auf die Straße, um für Frauenrechte, Gleichberechtigung und eine gerechtere Gesellschaft zu demonstrieren.

Seit über 100 Jahren kämpfen Frauen weltweit am 8. März für ihre Rechte – ein Kampf, der angesichts des zunehmenden Rechtsrucks und autoritärer Strukturen wichtiger denn je ist. Auch in Linz setzten die Demonstrierenden ein starkes Zeichen gegen Intoleranz und für demokratische Werte. Vom Musiktheater aus zog der Demonstrationzug bis zum Hauptplatz, begleitet von lautstarken Forderungen nach Veränderung, Solidarität und Gerechtigkeit, die mit der SPÖ-Regierungsbeteiligung nun endlich an Wert und Sichtbarkeit bekommen.

Jahoda Bauer Institut

Von der Stille zur Revolution – Lesung & Diskussion!

„Feministische Perspektiven“ heißt die Schriftreihe des JBI, die sich Formen struktureller Ungleichbehandlung von Frauen widmet. Die ersten fünf Ausgaben dieser Reihe waren Zentrum einer Lesung und Diskussion am 25. März 2025 im Central Linz.

Mareike Fallwickl („Und alle so still“) und Franziska Schutzbach („Revolution der Verbundenheit“) lasen aus ihren Büchern, die die Be-



Demonstration am 8. März in Linz mit 4.500 Teilnehmer:innen.

Bildet Banden! Diese kraftvolle Kundgebung machte deutlich: Wir sind viele, wir sind laut, und wir lassen uns nicht aufhalten! Feminismus ist kein Einzelkampf – er lebt von Solidarität, vom Zusammenkommen und voneinander lernen. In einer Welt, die uns oft vereinzelt und gegeneinander ausspielt, ist es umso wichtiger, Bande zu knüpfen, Netzwerke zu bilden und einander zu stärken. Gemeinsam sind wir lauter, mutiger und widerstandsfähiger. Es braucht Räume, in denen wir unsere Geschichten teilen, unsere Wut in Energie verwandeln und Visionen für eine gerechtere Zukunft entwerfen. Denn Veränderung entsteht nicht im Stillen, sondern dort, wo Menschen sich verbünden, aufstehen und nicht nachlassen, für Gleichberechtigung einzutreten. Lassen wir uns nicht entmutigen – lasst uns Banden bilden!

Weitere Informationen unter: www.frauen.spooe.at



nachteiligung von Frauen und anderen marginalisierten Gruppen thematisieren. Anschließend diskutierten sie mit Simon Březina (White Ribbon), Bernd Dobesberger (JBI/SPÖ OÖ Bildung) und Renate Heitz (SPÖ OÖ Frauen) über Männlichkeitsbilder jenseits patriarchaler Normen, Arbeit und Bildung als Schlüssel zur Gleichstellung und Herausforderungen für Frauen in der Politik. Moderiert wurde die Veranstaltung von Barbara Blaha. Der Abend bot Raum für Austausch, kritische Reflexion und würdigte Frauensolidarität und Verbundenheit als revolutionäre Kräfte.

Sozialistische Jugend Österreich

Larissa Zivkovic ist neue Verbandsvorsitzende der Sozialistischen Jugend Österreich

Seit dem letzten Verbandstag am 22. Februar ist die Oberösterreicherin Larissa Zivkovic Verbandsvorsitzende der SJ. Inhaltlich beschäftigt die Oberösterreicherin das sinkende Vertrauen in die Demokratie: „Fehlende Mitbestimmung am Arbeitsplatz sowie geringe Löhne negativ auf die Demokratie aus: In einer Gesellschaft, in der der Markt frei ist, ist die Demokratie es meistens nicht. Die Mitbestimmung hört nämlich dort auf, wo sie am meisten gebraucht wird: in den Schulen, Lehrwerkstätten und Betrieben. Wer dort das Gefühl hat, von wesentlichen Entscheidungen ausgeschlossen zu werden, der tendiert eher dazu, die Demokratie insgesamt mit großer Skepsis zu betrachten. Demokratie darf sich nicht

**Larissa Zivkovic,
Verbandsvorsitzende der Sozialistischen Jugend Österreich**

auf das Kreuzerl machen in der Wahlkabine beschränken, sie muss auch bei der Arbeit oder in der Schule eine zentrale Rolle spielen. Diejenigen, die mit ihrer Arbeit den Wohlstand unserer Gesellschaft produzieren,

sollen auch mitbestimmen können, was damit passiert!“



Foto © SJ Österreich